

ANHANG

zum Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2015

I. Allgemeines

Für das Rechnungswesen samt Jahresabschluss der Industrie- und Handelskammern sind nach § 3 Abs. 7a IHKG die Grundsätze kaufmännischer Rechnungslegung und Buchführung in sinngemäßer Weise nach dem Dritten Buch des Handelsgesetzbuches in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden. Das Nähere wird durch Satzung unter Beachtung der Grundsätze des staatlichen Haushaltsrechts geregelt.

Die Industrie- und Handelskammer Koblenz führt ihre Rechnungslegung auf der Grundlage des durch die Vollversammlung beschlossenen Finanzstatuts sowie den dazu vom Präsident und Hauptgeschäftsführer erlassenen Richtlinien. Seit dem 01.01.2014 gilt das neue Finanzstatut der IHK Koblenz, welches am 22. August 2013 von der Vollversammlung beschlossen und vom Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie- und Landesplanung am 19. November 2013 genehmigt wurde.

Die Regelungen und Ausführungen des Finanzstatuts folgen grundsätzlich den für alle Kaufleute geltenden Rechnungsvorschriften (§§ 238 bis 257 HGB) unter Berücksichtigung der Aufgabenstellung und Organisation der Industrie- und Handelskammern und ihrer Einbindung in das öffentliche Haushaltsrecht.

Die IHK Koblenz hat den Jahresabschluss, bestehend aus Bilanz, Erfolgs- und Finanzrechnung sowie Plan-Ist-Vergleich nach dem Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern (IHKG) und den Bestimmungen des Finanzstatuts (FS) in Verbindung mit den Richtlinien zur Ausführung des Finanzstatuts (RFS), den Grundsätzen des öffentlichen Haushaltsrechts und der sinngemäßen Anwendung der Vorschriften des 3. Buches des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt. Nach § 15 Abs. 2 FS hat die IHK ergänzend einen Anhang und einen Lagebericht erstellt.

II. Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

2.1. Bilanzierungsmethoden

Hinsichtlich der Darstellung der Vermögenswerte, Schulden, Erträge und Aufwendungen sowie sonstiger Werte gelten die Bestimmungen des Finanzstatuts, insbesondere die als Anlagen zum Finanzstatut erlassenen Gliederungsschemata.

2.2. Bewertungsmethoden

AKTIVA

A. Anlagevermögen

Gegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßig abgeschrieben. Die Abschreibungen, die sich an den steuerlich anerkannten AfA-Tabellen orientieren, entsprechen den betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände bei der IHK Koblenz. Sie beträgt für immaterielle Vermögensgegenstände bis zu drei Jahren, für Gebäude zwischen 25 und 50 Jahren und für Geschäftsausstattung überwiegend zwischen fünf und zehn Jahren.

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände werden zu den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bilanziert. Die Zugänge in 2015 sind zu Anschaffungskosten bewertet worden.

II. Sachanlagen

Die Sachanlagen werden einzeln grundsätzlich zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bilanziert. Die Zugänge in 2015 sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet worden.

Die Grundstücke wurden zum 1. Januar 2005 bezogen auf den Grund und Boden mit dem maßgeblichen Bodenrichtwert und bezogen auf die Gebäude nach dem Ertrags- und Sachwertverfahren bewertet. Die nach dem genannten Datum erworbenen Grundstücke sowie angeschafften bzw. erstellten Gebäude sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet.

Für Kunstgegenstände sind periodisch planmäßige Abschreibungen nicht vorgesehen.

Die Vermögensgegenstände mit Anschaffungs- und Herstellungskosten bis EUR 150 wurden im Jahr der Anschaffung vollständig als sonstige betriebliche Aufwendungen erfasst. Bei Vermögensgegenständen mit Anschaffungs- und Herstellungskosten über EUR 150 bis EUR 1.000 wurde analog steuerlicher Grundsätze ein Sammelposten gebildet und einheitlich über fünf Jahre abgeschrieben.

III. Finanzanlagen

Die Finanzanlagen werden mit den Anschaffungskosten, maximal zum Nominalwert bzw. gegebenenfalls zu dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Die Beteiligungen und die sonstigen Ausleihungen wurden grundsätzlich zum Nominalwert und in einem Fall mit dem Erinnerungswert von EUR 1,00 bilanziert.

Die Entwicklung des Anlagevermögens ergibt sich aus Anlage 1/6/1.

B. Umlaufvermögen

I. Vorräte

Die Bewertung erfolgte zu letzten Einstandspreisen.

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen werden die Forderungen aus laufenden Beiträgen in pauschalierter Form nach dem Schema des Arbeitskreises Rewe im DIHK einzelwertberichtigt und somit zum niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Geschäftsjahr	HR	KGT
Aktuell	0 %	10 %
Vorjahr	70 %	90 %
Übrige Vorjahre	100 %	100 %

Die Forderungen aus Beiträgen beinhalten bescheidfähige, aber noch nicht beschiedene Beiträge, die im Folgejahr 2016 auf Basis von bis Dezember 2015 aktualisierten Gewerbeerträgen ertragswirksam veranlagt werden.

Bei den Forderungen aus Gebühren und Entgelten wurde eine Pauschalwertberichtigung von 3,0 % vorgenommen. Die sonstigen Vermögensgegenstände werden zum Nominalbetrag ausgewiesen, da kein Grund für Einzel- oder Pauschalwertberichtigungen bestand.

III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

Die flüssigen Mittel sind mit ihrem Nominalbetrag ausgewiesen.

C. Rechnungsabgrenzungsposten

Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Aktivseite Ausgaben vor dem Stichtag der Bilanz ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Stichtag darstellen.

PASSIVA

A. Eigenkapital

I. Nettoposition

Die Nettoposition blieb mit EUR 21.000.000,00 gegenüber dem Vorjahr unverändert.

II. Ausgleichsrücklage

Die Ausgleichsrücklage ist verpflichtend zum Ausgleich von Schwankungen des Beitragsaufkommens zu bilden. Gemäß § 15a Abs. 2 Satz 1 FS kann sie bis zu 50 % der geplanten Aufwendungen dotiert werden.

III. Andere Rücklagen

Die Liquiditätsrücklage diene der Aufrechterhaltung einer ordentlichen Kassenwirtschaft ohne Inanspruchnahme von Krediten. Sie konnte gemäß § 15 Abs. 3 Satz 2 FS (alte Fassung) bis zu 50 % der geplanten Betriebsaufwendungen betragen. Sie ist bis spätestens 31. Dezember 2018 zu verwenden.

Die sonstigen Rücklagen wurden zweckgebunden gebildet.

B. Rückstellungen

Bei der Bemessung der gemäß dem Finanzstatut in Verbindung mit § 249 HGB zu bildenden Rückstellungen wurde allen erkennbaren Risiken angemessen und ausreichend Rechnung getragen.

Die Bewertung der Pensions-, Jubiläums-, und Beihilferückstellungen ist auf der Basis versicherungsmathematischer Gutachten grundsätzlich nach dem modifizierten Teilwertverfahren (Jubiläen nach der Project-Unit-Credit-Methode) erfolgt. Diese Rückstellungen wurden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank für den Dezember 2015 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dieser maßgebliche Zinssatz zum Bilanzstichtag beträgt 3,89 % (Vj. 4,53 %). Bei der Bewertung der Rückstellungen wurde ein Gehaltstrend von 3,5 % und ein Rententrend von 2,5 % berücksichtigt.

Die übrigen Rückstellungen wurden auf Basis interner Kostenzusammenstellungen zu den erwarteten Vollkosten mit dem Erfüllungsbetrag ermittelt.

Bei der Rückstellung für die Archivierung aufbewahrungspflichtiger Unterlagen hat die IHK Koblenz vom Beibehaltungswahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB Gebrauch gemacht. Der Betrag der Überdeckung der Rückstellung zum 31.12.2015 beträgt TEUR 48.

C. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind gemäß § 253 Absatz 1 Satz 2 HGB mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Hinsichtlich des Anlagevermögens wird zusätzlich auf den als Anlage beigefügten Anlagespiegel verwiesen (Anlage 1/6/1).

Das **immaterielle Anlagevermögen** besteht aus verschiedenen Softwareprogrammen und -lizenzen.

Die **Sachanlagen** betreffen im Wesentlichen:

- Die Grundstücke und Gebäude werden mit TEUR 9.256 angesetzt:

		<u>31.12.2015</u>	<u>31.12.2014</u>
		TEUR	TEUR
Koblenz	Schlossstraße	1.689	1.728
Koblenz	Casinostraße	1.074	1.112
Koblenz	Neustadt 13	1.136	1.168
Koblenz	Neustadt 12	2.777	2.672
Koblenz	Josef-Görres-Platz	626	637
Koblenz	Gerichtsstraße	324	328
Neuwied	Andernacher Straße	694	709
Idar-Oberstein	Hauptstraße	423	441
Idar-Oberstein	Mainzer Straße	66	68
Bad Kreuznach	Hochstraße	206	217
Bad Kreuznach	John-F.-Kennedy-Str.	<u>241</u>	<u>241</u>
		<u>9.256</u>	<u>9.321</u>

- Die Betriebs- und Geschäftsausstattung von TEUR 1.351 setzt sich zusammen aus:

	<u>31.12.2015</u>	<u>31.12.2014</u>
	TEUR	TEUR
Büromöbel und sonstige Geschäftsausstattung	675	679
Kunstgegenstände	455	456
EDV-Hardware	99	88
EDV-Sicherheitsraum	52	67
Fuhrpark	<u>70</u>	<u>69</u>
	<u>1.351</u>	<u>1.359</u>

- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

	<u>31.12.2015</u>	<u>31.12.2014</u>
	TEUR	TEUR
Koblenz, Neustadt 12	0	114
Bad Kreuznach, John-F.-Kennedy-Str.	193	0
Neuwied, Andernacher Straße	<u>185</u>	<u>0</u>
	<u>378</u>	<u>114</u>

Finanzanlagen

Die durch die Industrie- und Handelskammer Koblenz gehaltenen **Beteiligungen** betreffen:

Anteile unter 20 %	Anteil IHK Koblenz EUR	Stammkapital EUR	Anteil in %
IHK-GfI Gesellschaft für Informations- verarbeitung mbH, Dortmund	8.920,00	1.000.000,00	0,89
Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH, Koblenz	6.000,00	100.000,00	6,00
Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH, Mainz	<u>1,00</u>	10.357.643,00	1,213
	<u>14.921,00</u>		

Die Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH ist Rechtsnachfolgerin der „Einlage Sonderhaftungsfonds Beteiligungsgarantien und Kreditgesellschaften“. Die Bewertung erfolgt mangels Veräußerbarkeit der Anteile unverändert zum Erinnerungsposten.

Die **Wertpapiere des Anlagevermögens** dienen, soweit sie nicht zur Refinanzierung der bei den Pensionsrückstellungen ausgewiesenen Pensionsverpflichtungen gebunden sind, vorrangig der finanziellen Unterlegung der verbindlich vorgeschriebenen Ausgleichsrücklage und der anderen Rücklagen sowie der Rückstellungen. Neben Wertpapieren werden auch Termin- und Festgelder ausgewiesen.

Bei den **sonstigen Ausleihungen** handelt es sich um einen von der Unterstützungskasse deutscher Wirtschaftsorganisationen e. V. (UKDW), Langenfeld, verwalteten Fonds zur anteiligen Rückdeckung der Pensionsverpflichtungen.

Umlaufvermögen

Die **Vorräte** beinhalten den Wein- und Pelletsvorrat sowie Büromaterial.

Die **Forderungen** resultieren aus Forderungen aus Beiträgen (TEUR 2.501) sowie Gebühren und Entgelten (TEUR 155). Bei den Forderungen aus Beiträgen sind noch nicht veranlagte Beiträge (Wertaufhellung) (TEUR 1.303) enthalten.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** betreffen hauptsächlich mit TEUR 188 Zinsforderungen.

Die **flüssigen Mittel** betreffen mit TEUR 1.265 Bankguthaben.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** betreffen im Wesentlichen Ausgaben für Aufgabensätze für schriftliche und praktische Abschluss- und Zwischenprüfungen, die Anfang 2016 durchgeführt werden.

Eigenkapital

Die **Nettoposition** beträgt TEUR 21.000.

Ausgleichsrücklage

Die Ausgleichsrücklage erreicht mit ihrem Bestand von EUR 8.052.281,93 37,8% (VJ 42,4%) der geplanten Aufwendungen für das Geschäftsjahr.

Andere Rücklagen

Die anderen Rücklagen beinhalten folgende Rücklagen:

	<u>31.12.2015</u> EUR	<u>31.12.2014</u> EUR	<u>Veränderung</u> EUR
Liquiditätsrücklage	6.820.007,47	8.070.007,47	-1.250.000,00
Sonstige Rücklagen			
- Beitragsentlastungsrücklage	0,00	7.693.663,18	- 7.693.663,18
- Renovierungsrücklage	157.583,76	157.583,76	0,00
- Allgemeine Organisationsrücklage	726.058,23	1.971.000,00	-1.244.941,77
- Immobilienrücklage	2.985.350,77	2.985.350,77	0,00
- Rücklage Gebäudefinanzierungen	3.006.400,00	3.215.000,00	-208.600,00
- Rücklage WHU-Stiftungslehrstuhl	1.374.000,00	1.620.000,00	-246.000,00
- Rücklage Ausbau GLW Neuwied	<u>3.097.000,00</u>	<u>0,00</u>	<u>3.097.000,00</u>
	<u>11.346.392,76</u>	<u>17.642.597,71</u>	<u>- 6.296.204,95</u>
	<u>18.166.400,23</u>	<u>25.712.605,18</u>	<u>- 7.546.204,95</u>

Aus der Liquiditätsrücklage wurden planmäßig TEUR 1.250 zur Fehlbetragsdeckung 2015 entnommen.

Das negative Ergebnis 2014 in Höhe 50.362,18 € wurde gemäß Beschluss der Vollversammlung vom 3. Dezember 2015 durch die Entnahme aus der Beitragsentlastungsrücklage ausgeglichen.

Zur Deckung des Fehlbetrages 2015 wurde aus der Beitragsentlastungsrücklage eine Entnahme in Höhe von TEUR 4.546 (gemäß Wirtschaftsplan 2015) vorgenommen.

Außerdem wurde (laut Wirtschaftsplan 2015) die neue Rücklage Ausbau GLW Neuwied in Höhe von TEUR 3.097 durch Entnahme aus der Beitragsentlastungsrücklage gebildet.

Des Weiteren wurde aus der Allgemeinen Organisationsrücklage TEUR 1.245 entnommen, zum Ausgleich des verbliebenen negativen Ergebnisses 2015.

Aus der Rücklage Gebäudefinanzierung wurde eine planmäßige Entnahme in Höhe von TEUR 209 vorgenommen, in Höhe der gemäß Wirtschaftsplan 2015 ermittelten nachzuholenden Abschreibungen auf das Gebäude Koblenz, Neustadt 12.

Die Entnahme von TEUR 246 aus der Rücklage WHU-Stiftungslehrstuhl dient der Finanzierung der im Geschäftsjahr angefallenen Aufwendungen.

Insgesamt wurde durch den weiteren Abbau der zweckgebundenen Rücklagen in Höhe von TEUR 7.546 der von der Vollversammlung am 21. November 2012 beschlossenen sogenannten Beitragsentlastungspfad im Jahr 2015 fortgeführt. Der danach vorgesehene Abbau der zweckgebundenen Rücklagen bis 2018 auf TEUR 4.600 wurde durch Vollversammlungsbeschluss vom 3. Dezember 2015 dahingehend geändert, dass bis 2017 eine Komplettauflösung erfolgen soll.

Rückstellungen

Es wird auf den Rückstellungsspiegel Anlage 1/6/2 verwiesen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	Gesamtbetrag 31.12.2015 EUR	unter 1 Jahr EUR	1-5 Jahre EUR	mehr als 5 Jahre EUR	Gesamtbetrag 31.12.2014 EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	774.750,59	774.750,59	0,00	0,00	334.701,77
Sonstige Verbindlichkeiten	988.402,68	988.402,68	0,00	0,00	1.050.477,92
	<u>1.763.153,27</u>	<u>1.763.153,27</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>1.385.179,69</u>

Die **Sonstigen Verbindlichkeiten** umfassen mit TEUR 957 im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Guthaben von IHK-Zugehörigen, die aus Korrekturen von Vorauszahlungen aus IHK-Beiträgen wegen nachträglicher Erhebung / Festsetzung der Bemessungsgrundlagen resultieren sowie Verbindlichkeiten aus nach dem Bilanzstichtag veranlagten, bis Dezember 2015 aktualisierten Gewerbeerträgen.

Weiterhin sind Zahlungsverpflichtungen aus einem Ratenkaufvertrag, die den 1986 erworbenen Miteigentumsanteil an dem Grundstück Josef-Görres-Platz/Gerichtsstraße in Koblenz betreffen, enthalten.

IV. Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

Außerplanmäßige Abschreibungen/Zuschreibungen

Außerplanmäßige Abschreibungen oder Zuschreibungen sind im Berichtsjahr nicht angefallen.

Periodenfremde Erträge und Aufwendungen

Als periodenfremde Erträge sind TEUR 3 angefallen. Sie setzen sich im Wesentlichen aus der Erstattung des DIHK für das VE-Register 2014 zusammen.

Periodenfremde Aufwendungen wurden in 2015 keine gebucht.

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen sind im Berichtsjahr nicht angefallen.

V. Erläuterungen zur Finanzrechnung

Die Finanzrechnung zeigt den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit von TEUR - 5.150.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit von TEUR 5.051 ergibt sich als Saldo zahlungswirksamer Investitionen sowie Desinvestitionen des Geschäftsjahres (siehe Anlage 1/6/4).

Somit ergibt sich eine zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes (sog. Cashflow gesamt) von TEUR - 99.

VI. Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen vom Plan- zum Istwert der Erfolgsrechnung (siehe Anlage 1/6/3)

Pos. 1 - Erträge aus Beiträgen

Plan	9.000 TEUR
<u>IST</u>	<u>9.088 TEUR</u>
Abweichung	+ 88 TEUR

Gegenüber dem Planansatz wurden TEUR 88 mehr erfolgswirksam erfasst. Hier traf der erwartete Rückgang bei den endgültig abzurechnenden Vorjahresbeiträgen nicht ganz ein.

Pos. 2 - Erträge aus Gebühren

Plan	2.620 TEUR
<u>IST</u>	<u>2.923 TEUR</u>
Abweichung	+ 302 TEUR

Die Mehrerträge resultieren im Wesentlichen aus Gebühren der beruflichen Aus- und Fortbildung sowie aus den Sachkundeprüfungen nach § 50 Arzneimittelgesetz.

Pos. 3 - Erträge aus Entgelten

Plan	63 TEUR
<u>IST</u>	<u>64 TEUR</u>
Abweichung	+ 1 TEUR

Pos. 6 - sonstige betriebliche Erträge

Plan	457 TEUR
<u>IST</u>	<u>662 TEUR</u>
Abweichung	+ 205 TEUR

Die positive Abweichung gegenüber dem Planansatz resultiert im Wesentlichen aus Erträgen aus der Auflösung von pauschalen Wertberichtigungen Im Beitragsbereich sowie aus Erträgen aus der Auflösung von Pensions- und Beihilferückstellungen.

Pos. 7 - Sachaufwand

Pos. 7a - Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren

Plan	1.054 TEUR
<u>IST</u>	<u>1.084 TEUR</u>
Abweichung	+ 30 TEUR

Es wurden mehr Prüfungsmittel als geplant benötigt.

Pos. 7b - Aufwendungen für bezogene Leistungen

Plan	1.848 TEUR
<u>IST</u>	<u>2.005 TEUR</u>
Abweichung	+ 157 TEUR

Im Bereich der sonstigen Fremdleistungen wurden TEUR 122 mehr als geplant aufgewendet. Außerdem gab es Mehraufwendungen bei den Prüferentschädigungen in Höhe von TEUR 47.

Pos. 8 - Personalaufwand

Pos. 8a - Gehälter

Plan	7.242 TEUR
<u>IST</u>	<u>7.169 TEUR</u>
Abweichung	- 73 TEUR

Die Minderaufwendungen beruhen u.a. auf einer teilweise zeitverzögerten Besetzung von Stellen.

Pos. 8b - Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung

Plan	2.537 TEUR
<u>IST</u>	<u>2.229 TEUR</u>
Abweichung	- 308 TEUR

Die Abweichung resultiert im Wesentlichen durch Veränderungen / Anpassungen von Rückstellungen für Pensionen. Der Marktzinssatz belief sich im Übrigen statt der erwarteten 3,79% auf 3,89%.

Pos. 9 - Abschreibungen

Pos. 9a - Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

Plan	593 TEUR
<u>IST</u>	<u>632 TEUR</u>
Abweichung	+ 39 TEUR

Erhöhter Bedarf bei Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände (TEUR 6), bei Abschreibungen auf Gebäude und Gebäudeeinrichtungen (TEUR 5) und Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung (TEUR 28).

Pos. 10 - sonstige betriebliche Aufwendungen

Plan	7.299 TEUR
<u>IST</u>	<u>6.992 TEUR</u>
Abweichung	- 307 TEUR

Gegenüber der Planung wurden saldiert TEUR 307 weniger benötigt als vorgesehen. Als wesentlicher Betrag ist hier die nicht zur Auszahlung gekommene Zuwendung (175 TEUR) für die Gründung eines Kompetenzzentrums an der Universität Koblenz-Landau zu nennen sowie der Minderaufwand für den WHU-Stiftungslehrstuhl (114 TEUR). Außerdem wurden u.a. gegenüber der Planung weniger Mittel für die Aufwendungen für Verwaltungssysteme und sonstige Beratungen (- 54 TEUR) und Abschreibungen auf Forderungen (- 64 TEUR) benötigt.

Als Mehraufwendungen sind zu erwähnen Aufwendungen für Rechtsberatungen (+ 22 TEUR), Porto (+ 50 TEUR) sowie Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung Personal (+ 19 TEUR).

Pos. 12 - Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens

Plan	461 TEUR
<u>IST</u>	<u>570 TEUR</u>
Abweichung	+ 109 TEUR

Gegenüber dem Planansatz erfolgten spätere Auflösungen von Finanzanlagen. Außerdem konnten trotz rückläufigem Zins- und Renditeniveau am Kapitalmarkt Sonderkonditionen und damit eine höhere Verzinsung erzielt werden.

Pos. 13 - sonstige Zinsen und Erträge

Plan	4 TEUR
<u>IST</u>	<u>4 TEUR</u>
Abweichung	0 TEUR

Pos. 15 – Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Plan	675 TEUR
<u>IST</u>	<u>667 TEUR</u>
Abweichung	- 8 TEUR

Es ergibt sich ein etwas geringerer Zinsaufwand als geplant.

Pos. 22 – Entnahmen aus Rücklagen

Plan	11.770 TEUR
<u>IST</u>	<u>10.643 TEUR</u>
Abweichung	- 1.127 TEUR

Gegenüber dem Planansatz wurden u. a. wegen dem verbesserten Jahresergebnis 2015 aus der Allgemeinen Organisationsrücklage TEUR 726 weniger entnommen. Die Teilauflösung der Rücklage WHU-Studienlehrstuhl fiel um 114 TEUR wegen Minderaufwand geringer aus. Außerdem erfolgte wegen verzögertem Baufortschritt keine Entnahme aus der Rücklage GLW Neuwied in Höhe von 337 TEUR.

VII. Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen vom Plan- zum Istwert der Finanzrechnung

Pos. 1 - Jahresergebnis ohne außerordentliche Posten

Plan	- 8.673 TEUR
<u>IST</u>	<u>- 7.496 TEUR</u>
Abweichung	+ 1.177 TEUR

Wir verweisen auf die Ausführungen zu "VI. Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen vom Plan- zum Istwert der Erfolgsrechnung".

Pos. 2 - Veränderungen Anlagevermögen

Plan	593 TEUR
<u>IST</u>	<u>632 TEUR</u>
Abweichung	+ 39 TEUR

Die Abschreibungen wurden um TEUR 39 höher als geplant realisiert, u. a. im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Pos. 3 - Veränderungen der Rückstellungen, Rechnungsabgrenzung

Plan	890 TEUR
<u>IST</u>	<u>616 TEUR</u>
Abweichung	- 274 TEUR

Die Veränderungen bei den Rückstellungen stellten sich nach den Gutachten bedingt durch Anpassung und Todesfälle anders dar als bei der Planung erwartet.

Pos. 6 - Veränderung der Vorräte, der Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelte und sonstiger Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva

Plan	0 TEUR
<u>IST</u>	<u>720 TEUR</u>
Abweichung	+ 720 TEUR

Planmäßig ist von keiner Veränderung gegenüber dem Vorjahr ausgegangen worden, so dass sich 2015 die geringeren Forderungen aus Beiträgen, Gebühren und Entgelten mit TEUR 569 sowie eine geringe Abnahme der Vorräte bei gleichzeitigem Abbau der sonstigen Vermögensgegenstände mit TEUR 149 mit einer Veränderung von insgesamt TEUR 720 ausgewirkt haben.

Pos. 7 - Veränderung der Verbindlichkeiten, sonstige Passiva

Plan	0 TEUR
<u>IST</u>	<u>378 TEUR</u>
Abweichung	- 378 TEUR

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind um TEUR 440 gegenüber dem Vorjahr gestiegen bei gleichzeitigem Rückgang der sonstigen Verbindlichkeiten um TEUR 62.

Pos. 10 – Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens

Plan	5 TEUR
<u>IST</u>	<u>1 TEUR</u>
Abweichung	- 4 TEUR

Gegenüber der Planung wurden TEUR 4 geringere Verkaufserlöse erzielt.

Pos. 11 – Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen

Plan	- 1.786 TEUR
<u>IST</u>	<u>- 760 TEUR</u>
Abweichung	+ 1.026 TEUR

Durch die gegenüber der Planung spätere Fertigstellung und Abrechnung der Immobilie Koblenz Neustadt 12 wurde ein Teil der veranschlagten Investitionen für 2013 erst in 2014 beziehungsweise 2015 realisiert.

Für die Baumaßnahmen Erweiterung GLW Neuwied sowie Neubau Bad Kreuznach erfolgte der Baubeginn ebenfalls später als geplant, sodass in 2015 geringere Investitionen erforderlich waren.

Bei der pauschal veranschlagten Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden TEUR 42 mehr verausgabt wegen weiterer vorgenommener Umzüge.

Pos. 13 – Auszahlungen für Investitionen des immateriellen Anlagevermögens

Plan	- 62 TEUR
<u>IST</u>	<u>- 11 TEUR</u>
Abweichung	+ 51 TEUR

Der Erwerb von verschiedenen geplanten Softwarelizenzen, wie z. B. Notes Reisekosten oder Comline EGVP-Anbindung wurden verschoben. Auch für die Weiterbildungssoftware „Chameleon / ofcourse“ wurden geringere Mittel in Anspruch genommen.

Pos. 14 – Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens

Plan	10.184 TEUR
<u>IST</u>	<u>5.914 TEUR</u>
Abweichung	- 4.270 TEUR

Aus den Rücklagen wurden weniger Mittel als ursprünglich in der Planung vorgesehen entnommen.

Pos. 15 – Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen

Plan	- 115 TEUR
<u>IST</u>	<u>- 93 TEUR</u>
Abweichung	+ 22 TEUR

Die geplante Beteiligung an der VMU Mittelrhein GmbH wurde auch in 2015 nicht vorgenommen.

VIII. Ergänzende Angaben und Angaben zu Organen

Haftungsverhältnisse

Die IHK Koblenz ist als Hauptmieter der Räume für den Gastronomischen Bildungszentrum Koblenz e.V. (Untermieter) ab 1. Januar 2014 ausgeschieden und hat eine Patronatserklärung für den Gastronomischen Bildungszentrum Koblenz e.V. gegenüber dem Vermieter für die ersatzweise Erfüllung künftiger Mietverpflichtungen in den Jahren 2014 - 2023 bei einer Jahresmiete von brutto TEUR 168 übernommen.

Die Industrie- und Handelskammer Koblenz ist Mitglied im Deutschen Industrie- und Handelskammertag e. V., Berlin, (DIHK). Nach § 20 der Vereinssatzung steht der IHK Koblenz bei Auflösung des Vereins das nach Erfüllung der Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen des DIHK anteilig im Verhältnis der Beiträge der letzten fünf abgeschlossenen Geschäftsjahre zu. Übersteigen die Verbindlichkeiten das Vermögen, ist im gleichen Verfahren ein Schlussbeitrag zu leisten.

Der DIHK weist zum 31.12.2015 bei einer Bilanzsumme von 135,6 Mio. EUR ein Eigenkapital von 52,6 Mio. EUR aus. Bei der Erstellung der Bilanz des DIHK wurde vom Wahlrecht nach Art. 28 EGHGB Gebrauch gemacht und Pensionszusagen, die vor dem 01.01.1987 entstanden sind, nicht passiviert. Dadurch sind Verpflichtungen in Höhe von 30,2 Mio. EUR nicht in der Bilanz zum 31.12.2015 angegeben. Die bilanzierten Pensionsverpflichtungen in der Bilanz betragen per 31.12.2015 53,3 Mio. EUR.

Der durchschnittliche Beitrag der IHK Koblenz zum DIHK belief sich in den letzten fünf Jahren auf rund 1,56 % des gesamten Beitragsaufkommens des DIHK.

Auf der Grundlage des am 23. März 2011 von der Vollversammlung des DIHK beschlossenen neuen § 16 Abs. 4 der Vereinssatzung können periodenunabhängig auch jährlich zweckgebunden Kapitalzuführungen zum Aufbau des Eigenkapitals des DIHK festgesetzt werden. Die IHKs stellen für diesen Zweck beschlussgemäß in Aussicht, ab 2012 bis voraussichtlich 2018 gemäß DIHK-Umlageschlüssel einen Betrag von jährlich 1,4 Mio. Euro an den DIHK zu leisten. Der Beitrag der IHK Koblenz zum DIHK belief sich in 2015 auf rund 1,61 % des Gesamtbeitragsaufkommens des DIHK.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Neben den in der Bilanz ausgewiesenen Verpflichtungen bestehen berichtspflichtige sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Mietverträgen für Immobilien mit einer Restlaufzeit von 12 bis 168 Monaten von TEUR 783 sowie aus Mietverträgen für Kopierer, Drucker, sonstige ähnliche Hardware und Wartungsverträgen mit einer Restlaufzeit von 7 bis 107 Monaten und einer Gesamtverpflichtung von TEUR 132.

Die Personalübersicht der IHK Koblenz zum 31. Dezember 2015 stellt sich wie folgt dar:

Personalstand	Ist Vorjahr per 31.12.2014		Ist Berichtsjahr per 31.12.2015	
	Kapazität*	Gehälter in T€	Kapazität**	Gehälter in T€
<i>Kernpersonal</i>				
Führungskräfte	16,0	1.497	16,0	1.433
Wissenschaftliche Mitarbeiter	20,9	1.105	21,9	1.147
Sachbearbeiter, Assistenz und technische Mitarbeiter	105,8	4.068	103,2	4.333
Summe	142,7	6.670	141,1	6.913
<i>Sonstige</i>	---	0	---	0
Mitarbeiter für Projekte u. ä.	---	0	---	0
Personalgestellung	---	0	---	0

Gesamtsumme	142,7	6.670	141,1	6.913
--------------------	--------------	--------------	--------------	--------------

davon

in Teilzeit	29	----	37	----
befristet	0	----	0	----
in ATZ aktiv	0	----	0	----

außerdem

Auszubildende	8	----	11	----
Trainees	0	----	0	----
Praktikanten	0	----	1	----
Mitarbeiter in Elternzeit	4	----	6	----
ATZ inaktiv	0	----	0	----
Sondereinrichtungen	0	----	0	----
Geringfügig Beschäftigte	1	----	1	----

*Stichtagswerte

**Durchschnittliche Quartalswerte

Mitglieder des Präsidiums / Hauptgeschäftsführer im Geschäftsjahr 2015

Präsident

Manfred Sattler | Geschäftsführer
Vulkan-Beteiligungs-GmbH

Stellvertretende Präsidentin

Hildegard Kaefer | persönlich haftende Gesellschafterin
Kaefer GmbH & Co. KG

Vizepräsidenten

Dr. Lothar Ackermann | Geschäftsführer
Forschungsinstitut für mineralische und metallische Werkstoffe GmbH

Reiner Arenz | Geschäftsführer
Josef Emmerich Pumpenfabrik GmbH

Thomas Bellersheim | Geschäftsführender Gesellschafter
Bellersheim GmbH & Co. KG

Roland Bott | Geschäftsführer
Bauunternehmung Johann Bott GmbH

Helmut W. Gehres | Direktor und Regional-Filialleiter
Commerzbank AG (bis 03.12.2015)

Uwe Laue | Vorstandsvorsitzender
Debeka Allgemeine Versicherungs AG (ab 03.12.2015)

Rolf Löhmar | Geschäftsführender Gesellschafter
Löhmar Elektro GmbH

Bruno Reufels | Geschäftsführer
Niedax GmbH & Co. KG (bis 03.12.2015)



IHK Koblenz

Starke Wirtschaft.
Starke Region.

Industrie- und Handelskammer Koblenz

Anlage1/6
Blatt 22

Rainer Runkel | Geschäftsführender Gesellschafter

Winkler und Dünnebier Süßwarenmaschinen GmbH

(ab 03.12.2015)

Susanne Szczesny-Oßing | Geschäftsführende Gesellschafterin

EWM Industry GmbH

Hauptgeschäftsführer:

Herr Arne Rössel, Riegenroth

Stellvertretende Hauptgeschäftsführer:

Herr Bertram Weirich, Lahnstein

Koblenz, 30. Juni 2016

Industrie- und Handelskammer
Koblenz

Der Präsident
gez. Manfred Sattler

Der Hauptgeschäftsführer
gez. Arne Rössel